

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Aurich

Sitzungstermin: Donnerstag, den 19.09.2019

Sitzungsbeginn: 17:04 Uhr

Sitzungsende: 19:40 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Heinz-Werner Windhorst

Ratsvorsitzende

Frau Almut Kahmann

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Bodo Bargmann

Herr Harald Bathmann

Herr Rolf-Werner Blesene

Herr Johann Bontjer

Frau Viola Czerwonka

bis 18:23 Uhr TOP 8

Herr Erich Fokken

Herr Dieter Franzen

Herr Theo Frerichs

Herr Arnold Gossel

Herr Steffen Haake

Frau Antje Harms

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Herr Eckhard Hattensaur

Herr Hermann Ihnen

Frau Sonja Jakob

bis 18:45 Uhr (TOP 8)

Frau Jabine Janssen

Herr Thomas Janßen

Herr Ulrich Kötting

Herr Werner Kranz

Frau Gerda Küsel

Frau Dore Löschen

Frau Silvia Lübcke

Herr Konrad Madena

Herr Artur Mannott

Herr Hans Gerd Meyerholz

Herr Dr. Hans-Hermann Meyerholz

Herr Johann Reiter

Herr Hinrich Röben

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 19.09.2019

Herr Richard Rokicki
Herr Wiard Siebels
Herr Gunther Siebels-Michel
Herr Hendrik Siebolds
Frau Hilde Ubben
Herr Reinhard Warmulla
Herr Hinrich Wilts

von der Verwaltung

Herr Gerhard Boekhoff
Herr Erster Stadtrat Hardwig Kuiper
Herr Günter Langhof

ab 17:30 Uhr (TOP 6)

ab 18:50 Uhr (TOP 9) bis zum Ende öffentlicher Teil

Frau Irina Krantz
Herr Kai-Michael Heinze
Frau Birgit Ehring-Timm
Herr Günter Harms
Herr Menno Keller
Herr Nils Friedrichs
Frau Maren Wübbena

als Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Frau Erika Biermann
Frau Gabriele Schapp
Herr Bastian Wehmeyer

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Kahmann begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Rates um 17:04 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 27.06.2019

Frau Altmann wünscht eine Änderung beim Tagesordnungspunkt 8 „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Aurich ruft den Klima-Notstand aus“ (Vorlage 19-102). Folgender Satz in der Erläuterung soll bitte geändert werden (Änderung in Fettdruck):

bisher: Dieser Antrag müsse durch den Rat entschieden werden, da alle Lebensbereiche betroffen seien.

neu: Dieser Antrag müsse durch den Rat **debattiert** werden, da alle Lebensbereiche betroffen seien.

Mit dieser Änderung wird das Protokoll mit 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kahmann teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 26 vertagt werden sollte. Hier habe sich mittlerweile ein neuer Sachstand ergeben.

Herr Hans Gerd Meyerholz beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 12 „Richtlinie von Zuschüssen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Kulturdenkmälern in der Stadt Aurich“ abgesetzt wird. Er halte die Richtlinie zwar für sinnvoll, jedoch sollten einige Ausführungen redaktionell überarbeitet werden. Einige Passagen seien widersprüchlich.

Mit 35 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wird seinem Antrag auf Absetzung zugestimmt.

Die geänderte Tagesordnung wird sodann mit 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

TOP 5.1 Parksituation bei der Lambertikirche

Eine Einwohnerin beschwert sich im Auftrag von einer Bekannten über den steigenden Verkehr im Lambertshof, insbesondere den Parksuchverkehr. Zudem würden einige Autos für einen längeren Zeitraum mit laufendem Motor vor der Kirche stehen. Ursächlich könnte sein, dass in diesem Bereich ein PokéStop des Mobilgame PokémonGO eingerichtet worden sei.

Herr Heinze erkundigt sich, zu welchen Zeiten dies vermehrt auftritt. Es würden dann dementsprechend zu diesen Zeiten die Kontrollen durch das Ordnungsamt verstärkt werden. Er bittet hierzu darum, ihm die Zeiten im Nachgang zur Ratssitzung mitzuteilen. Bezüglich der Parkplatzsuche teilt er mit, dass eine ausreichende Beschilderung der Parkflächen bestehe und die Stadt ein Parkleitsystem eingeführt habe.

TOP 5.2 Entwässerungsproblematik im Gebiet Enno-Hektor-Straße und Fritz-Reuter-Straße

Ein Einwohner erkundigt sich zur Entwässerung im Gebiet Enno-Hektor-Straße und Fritz-Reuter-Straße. Das Wasser in den Gräben liefe nicht richtig ab und die Gräben hätten kein ausreichendes Gefälle. Bei starken Regenfällen stünden die Straßen unter Wasser. Er habe schon mehrfach im Ortsrat Kernstadt die Thematik angesprochen. Er überreicht der Verwaltung eine Auflistung seiner bisherigen Maßnahmen. Ein Ortstermin zur Besichtigung wird gewünscht.

Frau Krantz verspricht mit ihm Kontakt aufzunehmen.

TOP 6 Ausrufung Klimanotstand in der Stadt Aurich
Vorlage: 19/175

Frau Lübcke teilt mit, dass sie mit dem Begriff „Klimanotstand“ so ihre Probleme habe. Der Begriff sei viel zu dramatisch. Gleichwohl sollten Maßnahmen zum Schutz des Klimas ergriffen werden. Sie werde gegen die Vorlage stimmen.

Frau Altmann betont, dass auch direkt vor Ort etwas für den Klimanotstand getan werden müsse, auch wenn die Folgen hier noch nicht so spürbar seien. Mit dem Begriff „Notstand“ solle auf die dramatische Situation hingewiesen werden. Die Verantwortung könne nicht allein auf die Landes- und Bundesebene abgewälzt werden. Der Rat müsse manchmal auch unliebsame Entscheidungen treffen. Sie hoffe auf einen Konsens zum Klimanotstand, deshalb sollten auch alle Mitglieder zustimmen. Die jungen Menschen brauchen eine Zukunft.

Auch Frau Czerwonka teilt mit, dass insbesondere gerade die Stadt Aurich verpflichtet sei, auf die dramatische Situation des Klimas aufmerksam zu machen. Als Stadt der erneuerbaren Energien, sollte die Stadt zudem auf Nachhaltigkeit setzen.

Frau Jakob dagegen kritisiert den Antrag als eine „wichtigtuereische und populistische Maßnahme. Insbesondere von den Grünen könne man vielfach ein widersprüchliches Verhalten beobachten. Sie hätten hier an Glaubwürdigkeit verloren. Viele Menschen sehen den Begriff „Klimanotstand“ zudem sehr kritisch. Zwar halte auch sie Maßnahmen zum Klimaschutz für notwendig, gleichwohl lehne sie diesen Antrag ab.

Auch Herr Rokicki äußert sich ablehnend und skeptisch gegenüber dem vorliegenden Antrag. Die Klimaproblematik könne nur auf Bundes- bzw. Europaebene gelöst werden. Die Menschen vor Ort hätten andere Sorgen und Probleme. Man müsse nur mit offenen Augen durch die Stadt gehen.

Herr Siebels-Michel hofft, dass dieser Beschluss nun auch mit „Leben“ ausgefüllt werde. Die im Beschluss vorgegebenen Ziele müssten auch umgesetzt werden. Somit können der Rat und seine Ausschüsse ihre Entscheidungen auf mögliche Klimaauswirkungen überprüfen und ggf. korrigieren.

Wir müssen aktiv werden, so Herr Siebolds. Insbesondere die westliche Welt dürfe ihre Lebensweise so nicht fortsetzen. Wir haben eine globale Verantwortung und müssen nun han-

deln. Diese Erkenntnis müsse sich auch bei allen Menschen durchsetzen, auch bei einigen Politikern im Rat sehe er hier noch einen Info-Notstand.

Herr Gossel teilt ebenfalls mit, dass nunmehr Entscheidungen für mehr Klimaschutz erforderlich seien. Es müsse sich etwas ändern. Der Rat habe die Aufgabe, dieses auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mitzuteilen. Er fordert dazu auf, dass Ziel gemeinsam zu erreichen.

Herr Siebels erklärt, dass nur gemeinsam etwas erreicht werden könne. Klimaschutz müsse im Konsens erfolgen. Dazu gehöre auch, dass die Menschen begreifen, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht werde. Die Stadt Aurich müsse als Hauptstadt der regenerativen Energie vorangehen und ihr Interesse am aktiven Klimaschutz zeigen. Alle sollten sich hinter den Antrag stellen und danach handeln.

Frau Kahmann teilt mit, dass sie die Aussprache beenden möchte. Herr Wilts beantragt sodann den Schluss der Debatte.

Seinem Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Frau Kahmann lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Aurich ruft den Klima-Notstand aus.

Konkret bedeutet dieses, dass die Stadt Aurich,

1. anerkennt, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen des Strategiepapiers „Kommunaler Klimaschutz“ zukünftig vorrangige Priorität haben und angewendet werden,
2. bei zukünftigen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima bewertet und in der entsprechenden Form in den Beschlussvorlagen bewertet (entsprechend familienfreundliche Kommune),
3. in der Abwägung zukünftig diejenigen Lösungen bevorzugt, die vor allem den Klima-, Umwelt-, und Artenschutz berücksichtigen,
4. einen jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung in den zuständigen Gremien und Ausschüssen erstattet,
5. Energieversorgungsunternehmen unterstützt und bei der Energieversorgung priorisiert, die 100% grünen Strom und klimaneutrales Gas liefern,
6. künftig bei allen Vorhaben die Nachhaltigkeit überprüft und in entsprechender Form in die Beschlussvorlagen einarbeitet. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, ökologische, ökonomische und gesellschaftliche bzw. soziale Aspekte in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.
7. Ziel aller Entscheidungen der Stadt Aurich soll sein, den Energiebedarf zu senken und Treibhausgase zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen

TOP 7 Gleichstellungsbericht nach § 9 Abs. 7 NKomVG für die Jahre 2016 bis 2018
Vorlage: 19/172

Frau Ehring-Timm erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Gleichstellungsbericht.

Der Bericht zeigt die noch bestehenden Defizite in der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern auf und nennt die Ziele, wie die Gleichstellung auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Der Bürgermeister bedankt sich im Anschluss ihres Vortrages für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Er dankt Frau Ehring-Timm für ihren Einsatz und ihr Engagement.

Hinweis: Der Gleichstellungsbericht ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

TOP 8 Antrag der Gruppe CDU/FDP, hier: Veröffentlichung der öffentlichen Protokolle der Rats- und Ausschusssitzungen im Bürgerinformationssystem
Vorlage: ANTRAG 19/006

Herr Janßen begründet den Antrag der Gruppe CDU/FDP. Die Stadt solle ihre Kommunikation nach außen überdenken. Es müsse mehr Offenheit und Transparenz gezeigt werden. Dies müsse eine Selbstverständlichkeit sein.

Frau Hartmann-Seibt begrüßt den Antrag. Den Bürgern solle eine Möglichkeit geschaffen werden, sich über die inhaltliche Arbeit des Rates zu informieren. Sie unterstütze auch den Antrag die Möglichkeit einer Videoübertragung aus dem Ratssaal zu prüfen. Sie führt das Beispiel der Partnerstadt Appingedam an. Dort werden bereits seit Jahren die Ratssitzungen per Livestream übertragen. Die Gruppe SPD/GAP verspreche sich von den beiden Anträgen die Schaffung von sachlichen Informationsquellen für die Bürger der Stadt Aurich, um Fehlinformationen über die Kommunalpolitik vorzubeugen.

Herr Warmulla erklärt, dass die Veröffentlichung der Protokolle eine Selbstverständlichkeit sein solle. Er kritisiert jedoch, dass die Protokolle keinen einheitlichen Stil haben. Zudem könnten die Protokolle ausführlicher und für Außenstehende nachvollziehbarer sein. Er beantragt zudem, dass in der Geschäftsordnung aufgenommen wird, dass öffentliche Vorlagen gleichzeitig im Rats- sowie Bürgerinformationssystem veröffentlicht werden.

Frau Altmann fordert, dass die Protokolle zeitnah und aussagekräftig erstellt werden. Sie beantragt, dass statt einem Ergebnisprotokoll ein Verlaufsprotokoll gefertigt wird, in dem Diskussionen verdeutlicht dargestellt werden.

Auch Herr Haake und Herr Rokicki teilen mit, dass sie der Veröffentlichung der Protokolle zustimmen können.

Herr Hans Gerd Meyerholz teilt daraufhin mit, dass die Änderung der Art der Protokolle auch eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig mache.

Herr Kötting teilt ebenfalls mit, dass er dem Antrag zustimmen könne. Aus seiner Sicht bestehe jedoch keine Notwendigkeit zur Änderung der Geschäftsordnung. Abschließend teilt er mit, dass erst vor zwei Jahren eine Änderung der Protokollform abgelehnt worden ist.

Herr Keller teilt daraufhin mit, dass es für das Verfahren zwei Möglichkeiten gäbe. Man könne die Veröffentlichung der Protokolle in der Geschäftsordnung regeln oder durch Einzelbeschluss festlegen. Er weist zudem darauf hin, dass die Verwaltung bereits modifizierte Ergebnisprotokolle erstelle.

Herr Janßen stellt klar, dass die CDU keine Änderung der Geschäftsordnung beantragt. Ein Einzelbeschluss würde bereits am nächsten Tag die Veröffentlichung der Protokolle möglich machen.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Mitglieder des Rates auf einen Einzelbeschluss.

Frau Altmann erklärt, dass insbesondere die Protokolle für die Ausschusssitzungen oftmals nicht ausreichend seien. Herr Warmulla stimmt ihr zu. Einige Protokolle seien seiner Meinung nach das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden. Er beantragt daher, dass die Verwaltung einen Vorschlag mache, wie man die Protokolle aussagekräftiger und bürgerfreundlicher gestalten könne. Frau Kahmann weist darauf hin, dass es jeder Fraktion und Gruppe möglich sei, entsprechende Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung zu stellen (auf den Hinweis der Verwaltung wird verwiesen).

Auf Nachfrage erklärt Herr Keller, dass zeitgleich mit der Veröffentlichung der Einladungen auch alle die dazugehörigen öffentlichen Vorlagen und Anlagen veröffentlicht werden.

Sodann lässt die Ratsvorsitzende über den Antrag der Gruppe CDU/FDP abstimmen.

Hinweis der Verwaltung:

Aus der geführten Diskussion wird deutlich, dass die zuvor gestellten Anträge von Frau Altmann und Herrn Warmulla gesondert gesehen werden müssen, da eine Änderung der Geschäftsordnung nicht vorgesehen war. Die Ratsvorsitzende ließ daher nicht über die beiden Anträge abstimmen. Es können jedoch jederzeit Anträge von den Fraktionen und Gruppen zur Änderung der Geschäftsordnung gestellt werden.

Beschluss:

Die Protokolle öffentlicher Rats- und Ausschusssitzungen werden zukünftig in das Bürgerinformationssystem der Stadt Aurich eingestellt. Damit sind sie für alle interessierten Bürger einsehbar.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 9 Antrag der Gruppe CDU/FDP, hier: Übertragung der Ausschuss- und Rats-sitzungen per Livestream/Videomitschnitt im Internet
Vorlage: ANTRAG 19/005

Herr Janßen begründet den Antrag der Gruppe CDU/FDP. Aus Sicht der Gruppe hätten die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf umfassende Informationen. Durch die Übertragung per Livestream oder Videomitschnitt erhalten sie ein verbessertes Angebot. Als Beispiel nennt auch er die Partnerstadt Appingedam, welche bereits seit vielen Jahren eine Übertragung ihrer Ratssitzungen öffentlich zur Verfügung stellt.

Seitens der Redner aus den anderen Fraktionen wird mitgeteilt, dass sie den Antrag unterstützen werden. Herr Rokicki teilt jedoch mit, dass er eine Umsetzung für fraglich halte. Es gäbe zu viele offene Fragen.

Herr Dr. Meyerholz erinnert zudem daran, dass die Fraktion GFA bereits von fünf Jahren einen ähnlichen Antrag gestellt habe.

Herr Siebolds entgegnet, dass er sich auch eine Übertragung der Fachausschusssitzungen vorstellen könnte.

Frau Altmann und Herr Siebolds teilen zudem mit, dass sich durch eine Übertragung eine Verbesserung der Debattenkultur erhoffen.

Auf Nachfrage von Frau Altmann teilt Herr Janssen mit, dass es in dem Antrag zunächst nur um die Sitzungen des Rates gehe. Über weitere Schritte können entschieden werden, wenn das Prüfungsergebnis der Verwaltung vorliege.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beauftragt die Stadtverwaltung die Möglichkeit eine Video-Übertragung aus dem Ratssaal zu prüfen. Ziel dieser Einrichtung ist es Ratssitzungen per Livestream/Videomitschnitt im Internet zu veröffentlichen. Neben den rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen wird hierzu eine Kostenschätzung erstellt. Die Ergebnisse werden dem Rat zeitnah vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 10 Förderung MachMitMuseum Osterstraße 42 - 44
Vorlage: 19/167/1

Frau Hartmann-Seibt bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute und konstruktive Mitarbeit. Gemeinsam habe man eine tolle Lösung gefunden.

Herr Warmulla betont, dass die gesamte Innenstadt und ihre Entwicklung durch diese Entscheidung profitieren. Die Innenstadt müsse weiterhin gefördert und gestärkt werden, umso mehr Menschen in die Innenstadt zu locken.

Auch Herr Rokicki betont, dass die gefundene Lösung eine gute Sache für die Stadt Aurich und ihrer Innenstadt sei.

Die Ratsvorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Durchführung und Finanzierung des zweiten Bauabschnittes (Osterstraße 42-44, Herichtung/Umbau/Anbau einschließlich Erschließung für die Obergeschosswohnung 42-44) vorbehaltlich der Aufnahme in das Förderprogramm wird beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 11 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für Ausgleichsmaßnahmen nach 135c Baugesetzbuch
Vorlage: 19/128

Herr Hans Gerd Meyerholz weist die Verwaltung daraufhin, dass diese einige Berechnungsbeispiele vorlegen wollte, um die Erhebung besser nachvollziehen zu können. Im Verwaltungsausschuss wurde diese Thematik ebenfalls ausführlich diskutiert und eine Beispielberechnung gefordert.

Frau Krantz antwortet, dass die Verwaltung es zeitlich und personell nicht mehr geschafft habe. Das Berechnungsbeispiel werde jedoch zeitnah nachgereicht. Der Rat sollte trotzdem seine Zustimmung erteilen, weil bereits Verträge in Vorbereitung sind, welche unter den neuen Erhebungsberechnungen abgeschlossen werden sollen.

Beschluss:

Die 1. Änderung der Satzung der Stadt Aurich zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für Ausgleichsmaßnahmen nach §§ 135 a bis 135 c BauGB wird beschlossen. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

TOP 12 Richtlinie von Zuschüssen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Kulturdenkmälern in der Stadt Aurich
Vorlage: 19/144

Auf den Tagesordnungspunkt 4 „Feststellung der Tagesordnung“ wird verwiesen.

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 234 Esenser Straße/Alter Weg Ortsteil Plaggenburg - Aufhebung des Satzungsbeschlusses - Aufstellungsbeschluss nach §13a BAUGB -Abstimmung des Vorentwurfes -Beschluss über städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 19/158

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 234 Esenser Straße/Alter Weg im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB,
2. die Aufhebung des Satzungsbeschlusses des Rates vom 24. 1. 2002,
3. die Einleitung der Aufhebung der Satzung Nr. 7 im überdeckten Teilbereich,
4. der Abschluss der erforderlichen städtebaulichen Verträge gem. § 11 BauGB zur Umsetzung der Planung und zur Kostenübernahme

werden beschlossen.

Die Anlagen zu dieser Beschlussvorlage sind Bestandteil der Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

**TOP 14 Einziehung eines Teilstückes der Straße Osterbusch (Sandhorst)
hier: Einziehung nach § 8 Abs. 1 Nieders. Straßengesetz (NStrG)
Vorlage: 19/072**

Beschluss (Änderung in Fettdruck):

Gemäß § 8 Abs. 1 NStrG wird das in der Anlage schwarz schraffiert dargestellte Teilstück der Gemeindestraße „Osterbusch“ (Gemarkung Sandhorst, Flur 6, Flurstücke 85/3, 85/4 und 85/5 tlw.) mit Wirkung zum **01.01.2020** auf einer Länge von 140 Metern eingezogen, da diese Fläche für den öffentlichen Verkehr keine Verkehrsbedeutung mehr hat.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Herr Kötting war bei der Abstimmung nicht anwesend)

**TOP 15 Bericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Aurich "Bilanzierung des Straßenvermögens im kommunalen Jahresabschluss"
Vorlage: 19/170**

Herr Siebolds teilt mit, dass er die positive Einschätzung nicht teilen kann. Viele Straßen im Stadtgebiet seien in einem desolaten Zustand. Zudem habe der Landesrechnungshof nur gut 25% der Auricher Straßen untersucht.

Frau Altmann hebt hervor, dass die Stadt Aurich im Verhältnis zu anderen Kommunen nur einen geringeren Verschlechterungswert aufweist. Dieser Punkt müsse positiv benannt werden. Die Straßen sollten jedoch langfristig besser unterhalten werden, um einen guten Erhaltungsstand länger beizubehalten.

Die Vorlage wird von den Mitgliedern des Rates sodann zur Kenntnis genommen.

**TOP 16 Annahme von Spenden für das Projekt "Klaus Bahlsen Zentrum nachhaltige Ernährung (ZnE) - Modell für gesunde Ernährung und Verpflegung in Eigenregie"
Vorlage: 19/171**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich stimmt der Annahme der in der Vorlage genannten weiteren Spende der Rut- und Klaus-Bahlsen-Stiftung in Höhe von insgesamt 35.000,-- € für die Vergütung einer dritten Fachkraft in Teilzeit über einen Zeitraum von 12 Monaten für das Klaus Bahlsen Zentrum Nachhaltige Ernährung (ZnE) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
(Herr Kötting war bei der Abstimmung nicht anwesend)

TOP 17 **Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet Schirum III b**
Vorlage: 19/123

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert die in dem anliegenden Lageplan rot umrandet dargestellte, innerhalb des Gewerbegebietes Schirum gelegene Gewerbefläche zur Größe von ca. 3.500 m². Es handelt sich um eine Teilfläche aus dem Flurstück 242/9 der Flur 4 der Gemarkung Schirum
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 15,00 Euro/m², mithin für die angenommene Grundstücksgröße ca. 52.500,00 €.
4. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

TOP 18 **Verkauf des städtischen Objekts "Hohehan 2" in Langefeld**
Vorlage: 19/125

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert eine noch zu vermessende, mit einem Einfamilienhaus und sonstigen Nebengebäuden bebaute Teilfläche zur Größe von ca. 5.300 qm aus dem städtischen Grundbesitz „Hohehan 2“ in Langefeld, Flurstück 51/1 der Flur 4 der Gemarkung Langefeld – im anliegenden Lageplan gelb umrandet dargestellt –.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 110.000,00 Euro. Bei dem Kaufpreis handelt es sich um einen Festpreis; eine Nachberechnung bei Über- oder Unterschreitung der angenommenen Grundstücksgröße erfolgt nicht.
4. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 19 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Herr Rokicki verweist auf die entstehende Lücke in der Nahversorgung, wenn der ALDI-Markt am Hammerkeweg schließt. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine Nahversorgung vor Ort, gerade auch im Hinblick auf den soeben beschlossenen Klimanotstand. Der Autoverkehr könne nur verringert werden, wenn die Menschen kurze Wege für ihren Einkauf haben.

Herr Kötting teilt mit, dass die Entscheidung zur Schließung des Marktes eine alleinige Entscheidung der Firma ALDI sei. Hier entscheide allein der Markt. Auf die Entscheidungen der Firma könne die Stadt keinen Einfluss nehmen. Die Standorte am Hammerkeweg und an der Wiesenstraße müssen als eigenständige Entscheidungen gesehen werden.

Herr Siebolds teilt die Aussagen von Herrn Kötting. Die Stadt Aurich habe hier keine Entscheidungskompetenz.

Des Weiteren äußert sich Herr Siebolds zur aktuellen Diskussion bzgl. des Bauvorhabens am Carolinengang. Das geänderte Konzept von Herrn Fecht habe mit dem Erhalt der Blutbuche nichts zu tun. Es war und ist bekannt, dass der Bereich um die Blutbuche geschützt ist. Für ihn sei mittlerweile unklar, wer oder welche Stelle gewisse Auskünfte bzw. Zusagen gemacht habe. Hier bedarf es einer Aufklärung.

Auch Frau Altmann betont, dass sich die Diskussion bzgl. der Blutbuche zu einer unendlichen Geschichte entwickelt. Es gäbe mittlerweile viele Desinformationen. Seitens Bündnis 90/Die Grünen habe es keine Zusagen zu irgendwelchen Kompromissen gegeben. Man habe sich immer für den Erhalt der Blutbuche eingesetzt und zwar unter den vereinbarten Bedingungen.

Herr Gossel teilt mit, dass er die derzeitige Berichterstattung über Politik und Verwaltung für nicht gerechtfertigt halte. Entscheidend sei, dass abgeschlossene Verträge eingehalten werden. Es darf keine Beeinflussung von außen geben.

Abschließend teilt Herr Siebels-Michel mit, dass er sein Ratsmandat zum 06. November 2019 niederlegen werde. Diese Entscheidung ist ihm nicht leicht gefallen, so Herr Siebels-Michel. Sein Mandat im Ortsrat werde er jedoch weiterhin wahrnehmen. Er habe immer mit Leidenschaft Politik gemacht und werde diese auch weiterhin engagiert begleiten. Für die Zusammenarbeit möchte er sich bei allen Mitgliedern im Rat und in der Verwaltung bedanken.

Er wünsche seinem Nachfolger Volker Rudolph alles Gute, so Herr Siebels-Michel.

TOP 20 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bürgermeister verweist auf einen Verfahrensbeschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.09.2019.

Der Antrag der Gruppe CDU/FDP zur E-Mobilität in Aurich (Antrag 19/008) ist dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Energie zugewiesen worden.

Die Mitglieder des Rates nehmen seine Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 21 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Anfragen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

TOP 22 Einwohnerfragestunde

Fragen der anwesenden Einwohner werden nicht gestellt.

TOP 23 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Frau Kahmann weist daraufhin, dass diese Ratssitzung die letzte Sitzung von Herrn Bürgermeister Windhorst ist. In einer kurzen Rede wünscht sie ihm für die Zukunft viel Gesundheit und weiterhin alles Gute. Sie dankt ihm für gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit während seiner Amtszeit.

Der gesamte Rat spricht ihm seine Anerkennung aus und wünscht ihm für den weiteren Lebensweg alles Gute. Die Ratsmitglieder erheben sich dabei und applaudieren.

Der Bürgermeister dankt dem Rat und der Verwaltung für die überbrachten Glückwünsche und dankt allen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit während seiner Amtszeit. Abschließend teilt er mit, dass seine Verabschiedung am 28. Oktober 2019 stattfinden soll. Einladungen werden zeitnah versendet.

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt Frau Kahmann sodann den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:37 Uhr.